

land »mit sich selbst bekannt zu machen, und das erwies sich als notwendig und überzeugend genug. Der publizistische Erfolg des Buches in ganz Europa und die erregten Debatten, die es auslöste, bargen eine unübersehbare Chance. Dieser Autor hat sich auf die Suche nach dem Geist des deutschen Vaterlandes inmitten eines verständigen Europa gemacht: »Die Nationen müssen überhaupt einander viel verzeihen, schrieb er in seinen Briefen. Eine solche Verschränkung der Perspektiven und das Maskenspiel des vermeintlichen Fran-

zosen lassen nicht nur die Funken einer vergnüglich kritischen Gegenwartsdeutung stieben, sondern verweisen auch auf die Chance der gleichberechtigten Geistesarbeit der Völker am Projekt Aufklärung. Dessen Morgenröte hat Riesbeck vor schönster deutscher Natur- und Zivilisationskulisse wahrgenommen und beschrieben.

*Johann Kaspar Riesbeck: Briefe eines reisenden Franzosen (Hg. von Heiner Boehncke und Hans Sarkowicz) Die Andere Bibliothek, Berlin 2013, 681 S., 79,00 €.*



**Harro Zimmermann**

ist Kulturredakteur bei Radio Bremen und Professor für Literaturwissenschaft an der Uni Bremen. Bei *Schöningh* erschien zuletzt: *Friedrich Gentz. Die Erfindung der Realpolitik*.

harro.zimmermann@radiobremen.de

*Christoph Kleßmann im Gespräch mit Bernd Faulenbach*

## Ein sozialdemokratisches Jahrzehnt

*Der Historiker Bernd Faulenbach hat sich über Jahrzehnte mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie des 19. und 20. Jahrhunderts auseinandergesetzt. Zuletzt erschien von ihm im Bonner Dietz-Verlag »Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969-1982«. Der Zeithistoriker Christoph Kleßmann befragte ihn zu neuen Erkenntnissen und das speziell Sozialdemokratische an der Zeit. Es moderierten Gunnar Hinck und Dirk Kohn.*

**Christoph Kleßmann:** Ihr aktuelles Buch ist zwar eine Parteigeschichte, soll aber natürlich nicht parteiisch sein. Wie wahrt man die nötige Distanz vor allem im Hinblick auf das Verhältnis zwischen eigener Erfahrung und den Forschungsergebnissen? Und wie bekommt man eine vernünftige Balance hin zwischen der Parteige-

schichte einerseits und der allgemeinen Geschichte der 70er Jahre andererseits?

**Bernd Faulenbach:** Ich war Zeitzeuge, aber ich habe dieses als Historiker geschrieben. Für mich war es wichtig, mir die ganze Breite dieser ereignisreichen Epoche zu erarbeiten. Vieles davon war mir nicht mehr präsent. Durch die wissenschaftliche Arbeit habe ich also ein neues Verhältnis zu dieser Zeit gewonnen, und selbstverständlich hat mir die nähere Kenntnis der Sozialdemokratie bestimmte Fragestellungen erst ermöglicht. Aber ich bin an diese Arbeit durchaus mit offenen Fragen herangegangen, die zum Teil auch neu beantwortet werden mussten.

**Kleßmann:** Wo genau haben Sie neue Erkenntnisse gewonnen? Ich hätte zum Beispiel das Ausmaß der Flügelbildung in den 70er Jahren in der SPD so nicht einmal

mehr annähernd rekonstruieren können, obwohl dieses Phänomen uns schon damals überrascht hat.

**Faulenbach:** Ich habe mich darüber gewundert, wie viel Zeit Willy Brandt in den frühen 70er Jahren in der Diskussion mit den Jusos aufgewendet hat, obwohl er zu der Zeit wirklich in hohem Maße mit der neuen Ostpolitik und der Reformpolitik beschäftigt war. Daneben gab es damals eine rechte Abspaltung in der Partei, die ich zu der Zeit noch gar nicht als besonders relevant wahrgenommen hatte. Was die Balance zwischen allgemeiner und Parteigeschichte anbetrifft: Zunächst ist dies in der Tat eine Geschichte der Sozialdemokratie von 1969 bis 1982. Aber dadurch, dass die Sozialdemokratie in dieser Zeit in das Zentrum der europäischen Politik rückte, wird ihre Geschichte zentral für die Zeitgeschichte.

**Kleßmann:** Gab es zwischen der Großen Koalition und der Ära Brandt eine eindeutige Zäsur oder zum Teil auch so etwas wie Kontinuität? War die Zäsur zwischen der Ära Brandt und der Ära Schmidt wirklich so deutlich, wie gemeinhin suggeriert wird? Und war das Ende der Ära Schmidt eine parteipolitische Angelegenheit oder lässt sich das in einen größeren Zusammenhang einordnen?

**Faulenbach:** Ich plädiere dafür, die 70er Jahre als eine Epoche deutscher Politik ernst zu nehmen. Sie hat eine Eigengewichtigkeit. Dabei markiert das Jahr 1969 eben doch eine Zäsur: Es gibt einen Regierungswechsel, der über Wahlen herbeigeführt wird, und es gibt erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einen sozialdemokratischen Bundespräsidenten.

Zuvor wurde häufig über einen CDU-Staat gesprochen. 1969 begann etwas Neues, auch im Bewusstsein der Menschen. Schon die politische Symbolik war eine andere.

Und dann kommt da diese Regierungserklärung, in der die Rede ist von »Mehr Demokratie wagen« und einer umfassenderen Reformpolitik nach innen. Außerdem wird es eine neue Außenpolitik geben und eine neue Ostpolitik, dazu eine neue Regierungskonstellation mit den Sozialdemokraten als dominanter Partei und der FDP als Juniorpartner. Ab 1982 gibt es dann zumindest vom Anspruch her auch eine neue Politik, wenn man an die semantische Überhöhung durch die CDU zur »politisch-moralischen Wende« denkt. Innenpolitisch wird dann einiges verändert; die Zeit des Neoliberalismus beginnt. Auch das ist ein Einschnitt, würde ich sagen. Andererseits gibt es in der Deutschland- und Außenpolitik auch eine gewisse Kontinuität.

**NGFH:** Kann es sein, dass das sozialdemokratische Jahrzehnt bereits 1966 mit der Großen Koalition begann und schon 1973 endete? Die ersten emanzipatorischen innenpolitischen Reformen wie die Große Strafrechtsreform schob die große Koalition an. Und bereits ab 1973, mit der Ölkrise, fehlte das Geld für die Reformen der Brandt-Ära. Außerdem erreichte die Union bei der Bundestagswahl 1976 über 48 % der Stimmen, während die SPD ab 1974 aufgrund der ökonomischen Zwänge und den innenpolitischen Druck kaum noch eigene Ideen realisieren konnte. Das war die »Tendenzwende«.

**Faulenbach:** Ja, die Große Koalition sehe ich als Prolog an und 1973/74 als eine Zäsur. Nun fand so etwas wie ein Themenwechsel statt, sozialdemokratische Politik konnte und musste unter deutlich veränderten Bedingungen stattfinden, zum Teil hatte man es auch mit anderen Problemen zu tun. Aber auch in der zweiten Hälfte der 70er Jahre war die Sozialdemokratie nach wie vor »in«, sie stellte die maßgebliche Regierungspartei, hier fanden auch die großen Debatten der Zeit statt. Die Sozial-

demokratie konnte zwar nicht mehr von sich aus alle Themen so forcieren, wie das vorher der Fall war, aber sie trug in sich stellvertretend eine ganze Reihe von Fragen, die in der Gesellschaft gestellt werden. Die Sozialdemokratie hatte in dieser Zeit mit ihren Flügelkämpfen eine große Sensibilität für die zentralen Probleme.

Natürlich dominierten ab 1974 ökonomisch-finanzpolitische Fragestellungen, die Inflation stieg an und die Wirtschaft stagnierte. Darauf reagierte Schmidt. Die Wirtschaft musste angekurbelt, die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Das ist doch ein ganz zentrales sozialdemokratisches Ziel. Übrigens: Wenn man sich diese Politik mal genau ansieht, dann wird man feststellen, dass die Reformpolitik weiter Fortschritte machte: Da war z.B. das sogenannte »76er-Gesetz« über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Dies regelte neben dem Montan-Mitbestimmungsgesetz und dem Drittelbeteiligungsgesetz die deutsche Unternehmensmitbestimmung – also die Beteiligung von Arbeitnehmern in Aufsichtsräten. Außerdem wurden der § 218 und das Scheidungsrecht reformiert. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre kommt es zu einer Themenverschiebung unter sozialdemokratischen Vorzeichen. Das wäre meine Gegenthese.

**Kleßmann:** Wir müssen über die Deutschlandpolitik und die neue Ostpolitik reden. Da ist ja nachträglich die Kritik geäußert worden, dass Brandt und später Schmidt, aber auch Egon Bahr, viel zu spät und viel zu wenig die Veränderungstendenzen wahrgenommen haben, die im Ostblock inklusive der DDR zu konstatieren waren. Ich würde das als problematische Eigen-dynamik dieser etatistischen Deutschland- und Ostpolitik sehen, die dann nicht mehr rechtzeitig gesehen hat, dass sich da etwas verändert.

**Faulenbach:** Wir können da natürlich auch wieder verschiedene Dinge zusammen-

führen. Auf der einen Seite wird die Charta 77 (Bürgerrechtsbewegung in der Tschechoslowakei, d. Red.) doch sehr positiv gesehen vom Parteivorstand. Aber bald darauf schreibt Willy Brandt einen Artikel in der *ZEIT* über die Opposition in Osteuropa, in dem es heißt, bei den heterogenen Gruppen wisse man nicht, ob die wirklich demokratisch sind. Das sind zum Teil zweifelhafte politische Positionen, die da vertreten werden. Und das zeigt eine gewisse Unsicherheit gegenüber diesen oppositionellen Gruppen. Brandt hat geschwankt in diesen Fragen. Andere haben sich in der Tat auf etatistische Positionen begeben, bei Brandt ist es eher eine schwankende Linie. Aber es wäre falsch anzunehmen, dass sich die SPD mit den Verhältnissen in der DDR und Osteuropa abgefunden hätte. Man wollte den Ostblock verändern, hat es aber nicht laut gesagt.

**NGFH:** Gehen Sie da nicht etwas zu sanft mit der späten SPD-Ostpolitik Anfang der 80er Jahre um?

**Faulenbach:** Man muss den Gesamtzusammenhang sehen. Die Furcht vor einer Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in Polen war groß. Schmidt und Brandt waren sich in diesem Punkt einig, wenn diese Intervention kommt, dann ist es das Ende der Entspannungspolitik und damit alles dessen, was bisher mühsam und schrittweise erreicht wurde. Kein einziges Land profitierte in dem Maße von der Entspannungspolitik wie die Bundesrepublik. Wir hatten natürlich auch die Erfahrung des 17. Juni; wir hatten dann die Erfahrung des Ungarn-Aufstandes; wir hatten die Erfahrung des Prager Frühlings. Aber ich räume ein, dass in der Ostpolitik eine Einseitigkeit stattgefunden hat. Wenn man aber wieder genau hinguckt, war die Meinung über Solidarnosc nicht ganz einheitlich. Die nordrhein-westfälische Sozialdemokratie etwa war da offener. Insgesamt war die Furcht vor einem Eingriff der

Sowjetunion groß, heute wissen wir, dass sie wohl gar nicht mehr in der Lage gewesen wäre zu intervenieren.

**Kleßmann:** Wie könnte man die 70er Jahre in wenigen Schlagworten charakterisieren? In Ihrem Buch ist die Rede von der Re-Ideologisierung, den Nachwirkungen von 68, der Ölkrise 73/74 und der neuen Unübersichtlichkeit.

**Faulenbach:** Es gibt bestimmte Leitbegriffe, die die Zeit kennzeichnen. Ich habe oft den Begriff der Emanzipation verwendet, vielfach wurde auch darüber diskutiert, ob wir es nicht mit einer neuen Phase der Aufklärung zu tun haben. Für die Sozialdemokratie war es charakteristisch, Politik unter dem Reformprinzip zu betreiben. Im Bereich der Außenpolitik ging es um Verständigung, Ausgleich, Aussöhnung und Frieden. Dennoch, 1973/74 veränderte sich einiges – der bereits erwähnte Begriff der »Tendenzwende« ist hier das zentrale Stichwort. Zunächst eine Art Kampfbegriff der SPD, wird er auf die Dauer von den Konservativen vereinahmt, ein Stück weit aber auch von den

Sozialdemokraten abgegeben. Es sei hier nur an den berühmten sogenannten »Tendenzwende-Kongress« im November 1974 in der Münchner Akademie der Schönen Künste erinnert.

**Kleßmann:** Im Vorfeld der jüngsten SPD-Kanzlerkandidatur sah man des öfteren Steinbrück, Steinmeier und Gabriel gemeinsam auftreten. Da fiel einem gleich der Begriff der Troika ein, und man war an Schröder, Lafontaine und Scharping erinnert, aber auch und vor allem an Brandt, Schmidt und Wehner. Kettet man sich damit aber nicht zu sehr an die »guten alten Zeiten« und ist es überhaupt möglich, daraus etwas für die heutige Situation abzuleiten?

**Faulenbach:** Es ist ja bemerkenswert, dass sich Brandt, Schmidt und Wehner zwar auch aneinander gerieben haben und Probleme miteinander hatten. Insgesamt aber hatten sie doch gemeinsam eine beachtliche Ausstrahlung. Dieses Führungsmodell gab es in der SPD aber schon einmal in den 60er Jahren. Offenbar haben die Sozialdemokraten das ganz gerne.